
Angriffe auf unsere Polizei sind Angriffe auf den Rechtsstaat!

Der Landesparteitag hat am 26.06.2021 beschlossen:

1. die Mitglieder des Landesparteitages verurteilen die mutmaßlich linksextremen Anschläge auf die Polizei im Land Bremen aufs Schärfste;
2. der Senator für Inneres wird aufgefordert, der Soko „Feuer“ jedwede personelle und materielle Unterstützung bereitzustellen, um endlich Ermittlungserfolge in diesem Bereich zu erzielen und die Liegenschaften und Fahrzeuge der Polizei besser zu schützen.
3. den Senat aufzurufen bei all seinen politischen Entscheidungen dafür Sorge zu tragen, dass Institutionen, Organisationen, Vereine und Personen – unabhängig von deren politischer Ausrichtung, gesellschaftlichem Hintergrund und weltanschaulichen Zielen – keinesfalls Nutznießer von jedweden staatlichen Unterstützungen sein können, falls diese extremistischen Bestrebungen aktiv fördern beziehungsweise durch ihr Agieren begünstigen.

Begründung

Der kürzlich vorgestellte Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2020 zeigt deutlich, dass Bremen eine Hochburg für den Linksextremismus ist. Allein im vergangenen Jahr haben sich die Anschläge aus dem linksextremen Spektrum annähernd verdoppelt. Beinahe täglich liest man dabei von Anschlägen auf die Bremer Polizei. Fenster von Streifenwagen werden eingeschlagen, Polizeibeamte- und Beamtinnen mit Flaschen beworfen und immer wieder beleidigt und bedroht. In der Nacht auf Sonntag, den 06.06.2021 kam es erneut zu einem Brandanschlag auf die Polizei auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei am Niedersachsendamm in Huckelriede. Am frühen Morgen brannten drei Mannschaftswagen und ein Bus durch einen Molotow-Cocktail und wurden dabei komplett zerstört.

Es entstand dadurch ein Sachschaden von ca. 500.000€. Zwar wurde dabei keine Person verletzt, es ist jedoch nur eine Frage der Zeit bis es auch zu erheblichen Personenschäden in diesem Zusammenhang kommt. Diese werden von den Linksextremen zumindest jederzeit billigend in Kauf genommen. Die Sympathien des Bremer Senats hinsichtlich der linksextremen Szene haben sich in der Vergangenheit immer wieder deutlich gezeigt, sei es beim „Alten Sportamt“, der „Dete“ oder jüngst bei einem Plakat an dem staatlich finanzierten Jugendverein „Buchte“, der zur Unterstützung der „Roten Hilfe“ aufruft, einem vom Verfassungsschutz beobachteten Verein.